

Motion Fraktion SP/JUSO (Ursula Marti/Annette Lehmann, SP): Aktiv für Kinder: Rechtsanspruch auf Tagesschulplatz gesetzlich verankern

Die Tagesschule ist heute ein anerkannter Teil der Volksschule. Der Grosse Rat des Kantons Bern hat im Januar 2008 den Bereich der Tagesschulen ins kantonale Volksschulgesetz aufgenommen. Darin verpflichtet er die Gemeinden unter anderem, bei genügender Nachfrage ein Tagesschulangebot zu führen. Somit wurde grundsätzlich ein Rechtsanspruch auf einen Tagesschulplatz für alle Kinder verankert. Der Besuch einer Tagesschule bleibt weiterhin freiwillig. Gemäss Gesetz werden die Lohnnormkosten (abzüglich der anrechenbaren Erträge) gemäss dem Lastenausgleich Lehrergehälter vom Kanton und den Gemeinden getragen. Das Gesetz tritt am 1. August 2008 in Kraft.

Mit dieser Gesetzesgrundlage reagierte der Kanton Bern auf die „Kantonale Volksinitiative für familienfreundliche Tagesschulen“, die 2006 mit breiter Unterstützung eingereicht wurde und die verlangt, dass jedes Kind die Möglichkeit erhält, auf freiwilliger Basis eine Tagesschule zu besuchen.

Die Stadt Bern hat im Vergleich zu anderen Gemeinden ein gut entwickeltes, fortschrittliches Tagesschulangebot. Das Platzangebot ist jedoch beschränkt, so dass heute nicht alle angemeldeten Kinder einen Platz erhalten. Dies entspricht nicht dem neuen Grundsatz, wonach sich das Angebot nach der Nachfrage richten muss, also alle Kinder das Anrecht auf einen Tagesschulplatz haben sollen. Das Problem stellt sich auch bei der Betreuung der Schülerinnen und Schüler in den so genannten „Ferieninseln“, auf die ebenfalls viele Eltern angewiesen sind.

Wir fordern deshalb den Gemeinderat auf, in den entsprechenden städtischen Reglementen für alle Kinder einen individuellen Rechtsanspruch auf einen Tagesschulplatz sowie auf einen Platz in der „Ferieninsel“ zu verankern. Wir bitten den Gemeinderat, dem Stadtrat eine entsprechende Änderung des Schulreglements und des Tagesschulreglements zu unterbreiten.

Bern, 31. Januar 2008

Motion SP/JUSO (Ursula Marti/Annette Lehmann, SP), Claudia Kuster, Hasim Sönmez, Liselotte Lüscher, Patrizia Mordini, Rolf Schuler, Margrith Beyeler-Graf, Markus Lüthi, Guglielmo Grossi, Gisela Vollmer, Beni Hirt, Rolf Schuler, Thomas Göttin, Corinne Mathieu, Andreas Flückiger, Andreas Zysset, Christof Berger, Giovanna Battagliero, Andreas Krummen

Antwort des Gemeinderats

Gemäss teilrevidiertem Volksschulgesetz wird ab 1. August 2008 im Kanton Bern für Eltern grundsätzlich ein Rechtsanspruch auf Tagesschulstrukturen bestehen. Damit werden die Gemeinden verpflichtet, bei genügender Nachfrage Tagesschulstrukturen anzubieten. Die Stadt Bern wird damit ihr Angebot nicht mehr beschränken können, sondern Tagesschulstandorte bedarfsgerecht anbieten müssen.

Ferieninseln

Im teilrevidierten Volksschulgesetz nicht enthalten ist die Ferienbetreuung. Die Verpflichtung der Gemeinden, gemäss Volksschulgesetz Tagesschulen zu führen, beschränkt sich auf die 39 Schulwochen. Das heisst, die Ferieninseln werden auch nach neuem Recht nicht lastenausgleichsberechtigt sein.

Die sehr gefragten Ferieninseln weisen bereits heute eine so hohe Auslastung auf, dass ein bedarfsgerechter Ausbau nur noch mit der Einrichtung einer zusätzlichen Ferieninsel möglich sein wird. Die Kosten dafür müssen im Budget 2009 und im IAFP bereitgestellt werden.

Dies bedeutet konkret zusätzliche jährliche Kosten von Fr. 115 000.00 für einen fünften Ferieninselstandort.

Anpassung der städtischen Erlasse

Die neuen gesetzlichen Grundlagen des Kantons bedingen eine Anpassung der städtischen Erlasse (Schulreglement, Tagesschulreglement). Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport hat die entsprechenden Arbeiten bereits aufgenommen. Es ist geplant, die Änderungen auf den 1. August 2009 in Kraft zu setzen.

Für die Ferieninseln besteht bereits eine Regelung in Artikel 66 Absatz 1 des Schulreglements. Dieser garantiert jedoch noch nicht einen individuellen Rechtsanspruch für Kinder auf einen Platz in den Ferieninseln.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Es ist zu erwarten, dass die Nachfrage nach Tagesschulstrukturen auch in Bern noch anwachsen wird. Damit sind Kosten zu erwarten für den Ausbau der Infrastrukturen, welche gemäss Volksschulgesetz zu hundert Prozent von der Stadt finanziert werden müssen. Auch der Betreuungsaufwand wird zunehmen. Diese Kosten sind jedoch lastenausgleichsberechtigt und werden über den Lastenausgleich Lehrergehälter abgerechnet. Dies bedeutet, dass 70 Prozent der Personalkosten vom Kanton und 30 Prozent von der Gesamtheit der Gemeinden finanziert werden.

Ein Ausbau um eine fünfte Ferieninsel wird ab 2009 jährlich wiederkehrende Kosten von Fr. 115 000.00 auslösen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären.

Bern, 11. Juni 2008

Der Gemeinderat